



12.11.2025

Postulat

von Cordelia Forde (SP),
Maya Kägi Götz (SP)
und Rahel Habegger (SP)

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie den derzeit in den Werkhallen an der Allmendstrasse 91–95 im Gebiet Manegg/Wollishofen eingemieteten nichtkommerziellen Organisationen und Personen bei der Suche nach neuen, geeigneten Räumlichkeiten sowie bei der Sicherung ihres Fortbestehens und ihrer kontinuierlichen Tätigkeit wirksam Unterstützung geboten werden kann.

Begründung:

Die Gebäude im Industrieareal an der Allmendstrasse 91–95 werden gemäss SR Nr. Nr. 738/2021 von nicht kommerziellen Organisationen seit Mai 2021 zwischengenutzt. Zu diesem Zweck wurde mit der Grundeigentümerin und Verleiherin ein Nachtrag zum Baurechtsvertrag vom 13. August 2020 sowie ein Gebrauchsleihevertrag abgeschlossen.

Entsprechend bieten die Werkhallen, auf deren Areal der Bau des neuen Schulhauses Höckler vorgesehen ist, derzeit mehreren für das Quartier Manegg und darüber hinaus bedeutenden Organisationen wertvolle Nutzflächen im Rahmen einer Zwischennutzung. Durch die mehrjährige Tätigkeit an diesem Standort sind diese Organisationen im Quartier fest verankert und tragen wesentlich zum sozialen und kulturellen Leben der Stadt bei.

Zu den aktuellen Nutzenden gehören unter anderem: «Essen für Alle», der einzige stadtweite Verein, der armutsbetroffenen und prekarierten Menschen Sachleistungen in dieser Form bietet; der Verein «Zitrone», der in Büro-, Werkstatt- und Magazinräumen Ateliers, Kleinwerkstätten und Proberäume für Musik und Theater einrichtet, trägt massgeblich zur kulturellen Vielfalt bei; «Off Cut», dessen Lager durch Resteverwertung einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leistet, sowie weitere Kulturschaffende, die kulturelle Genres fördern, die sonst kaum eine Plattform finden.

Ein Wegfall der Zwischennutzungsmöglichkeit würde für diese Organisationen eine erhebliche Raumnot bedeuten und ihr Weiterbestehen gefährden. Müssten sie ihre Tätigkeiten einstellen, ginge dem Quartier und der Stadt ein wertvoller sozialer und kultureller Beitrag verloren.

Es liegt daher im öffentlichen Interesse, dass der Stadtrat die betroffenen Organisationen bei der Planung des neuen Schulhauses Höckler gebührend berücksichtigt und sie aktiv bei der Sicherung geeigneter Ersatzräumlichkeiten sowie beim Fortführen ihrer gemeinwohlorientierten Arbeit unterstützt.

Wir bitten um gemeinsame Behandlung mit Weisung 2025/226